

Volksinitiative will Schutzstatus des Wolfs lockern – ist das realistisch?

Eine Volksinitiative will den Abschuss von Wölfen erleichtern, «neo» unterstützt die Idee. Damit die Berner Konvention nicht verletzt wird, hat man ein besonderes Vorbild ins Auge gefasst.

Orfa Schweizer

«Man geht morgens auf die Weide, unsicher, was einen erwartet, ängstlich und angespannt. War der Wolf nachts da?» Es sind Sätze wie diese, die am Freitagnachmittag häufig fielen. Auf dem Simplonpass, im Weiler Stalden, kamen Vertreter aus Landwirtschaft, Politik und Vereinen zusammen. Ziel der Veranstaltung war die Orientierung über die eidgenössische Volksinitiative «Zum Schutz von Mensch, Haus- und Nutztier vor dem Wolf».

«neo – Die sozialliberale Mitte» unterstützt die Volksinitiative, die bisher vergleichsweise wenig politische und mediale Aufmerksamkeit erhalten hat. Parteipräsidentin Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen sagt, die vergangenen Wochen hätten gezeigt, dass die Berglandwirtschaft sehr stark unter der hohen Wolfspräsenz leide. Nach eingehender Analyse sei man bei «neo – Die sozialliberale Mitte» zum Schluss gekommen, dass der Weg der Volksinitiative genau der richtige sei, um dem Problem beizukommen.

«Im Kanton kommen wir nicht mehr viel weiter. Man könnte noch etwas mehr finanzielle Unterstützung für die Landwirte generieren, viel mehr bewegt sich innerhalb dieser engen Schranken aber nicht mehr», sagt Schöpfer-Pfaffen.

Das Begehren

Die eidgenössische Volksinitiative will, sollte sie denn erfolgreich sein, mehrere Verfassungsänderungen hinsichtlich der zunehmenden Wolfspräsenz in der Schweiz vornehmen und den Schutzstatus des Wolfs stark lockern. Das sagt Miriam Grab-Iten aus Unterägeri ZG, Landwirtin in einer Mutterkuh-, Pferde- und Ponyhaltung und Präsidentin des Initiativkomitees.

Einerseits solle die Entscheidung über den Abschuss eines Wolfs nicht mehr beim Bund, sondern bei den Kantonen liegen. Andererseits solle der Wolf nicht mehr nur zwischen dem 1. September und dem 31. Januar, sondern ganzjährig gejagt werden dürfen. Einzig die Wölfe im Schweizerischen Nationalpark im Engadin würden weiterhin den Status einer geschützten Art innehaben. Und die Entscheidung über den Abschuss eines Tiers würde wieder Sache der Kantone werden, nicht mehr des Bundes, so Grab-Iten weiter.

Gemäss der Stiftung «KORA – Raubtierökologie und Wildtiermanagement» befanden sich im Januar 2023 rund 240 Wölfe in der Schweiz, manche von ihnen streifen grenzüberschreitend durch die Wälder. Mit dem steigenden Wolfsbestand haben die Landwirte, besonders diejenigen in den Berggebieten, stetig zunehmende Zahlen an gerissenen Nutztieren zu beklagen.

Die Landwirte

So etwa Schafzüchter Urban Eyer aus Ried-Brig. In der Nacht auf den 5. Juli habe der Wolf bei ihm und befreundeten Schäfern 18 Tiere gerissen und drei schwer verletzt, sagt er am Freitag auf dem Simplon. Der Aufwand, den man als Züchter und als Landwirt habe, stehe in keinem Verhältnis zur Realität, so Eyer weiter. Er nimmt die Politik in die Pflicht und sagt, es brauche nach einem Wolfsriss schnellere politische Reaktionen. Und: Er wisse nicht, ob er auch kommendes Jahr die Alpe bestosse, wenn es so weitergehe.

Leonie Zimmermann aus Visperterminen ist Ziegenzüchterin. Sie teilt die Sorgen von Urban Eyer. Sie habe die Nase voll, sagt sie an der Medienorientierung am Freitagnachmittag. Das Problem seien nicht nur die gerissenen Nutztiere, sondern auch die überlebenden Schafe und Ziegen. Diese seien nach einem Angriff durch den Wolf traumatisiert. «Es ist ein furchtbares Bild. Die Tiere flüchten vor uns, sie fressen nicht und stehen nur apathisch im Stall», sagt sie. Zimmermanns Stimme scheint bald zu brechen, so emotional wird sie bei ihrer kurzen Anrede.

Matthias Schnyder, dessen Schafe rund um die Anwesenden auf dem Simplon grasen, schliesst sich den Vorrednern an. Er spricht ein weiteres Thema an, das derzeit viele Landwirte beschäftigt: die Herdenschutzmassnahmen. Denn der Wolf greift, es herrscht Einigkeit unter den Anwesenden, trotz vorschriftsgemässer Zäune an. Kürzlich sogar im Beisein eines Hirten, sagt Schnyder. Und auch die Schutzhunde würden nicht den gewünschten Erfolg erzielen. Im Gegenteil, es machen immer wieder die Berichte die Runde, gemäss denen schlecht ausgebildete Schutzhunde Menschen, andere Hunde oder sogar die Schafe angreifen, die sie eigentlich schützen sollten.

Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen stellt sich vor die anwesenden Landwirte. Seit dem 16. Jahrhundert kenne das Wallis Jagdverordnungen, die der Wildtierregulation dienen, sagt sie. Zu dieser Zeit durften Wolf und Bär ganzjährig gejagt werden. «Auch, weil unsere Vorfahren naturverbundener lebten und zum Überleben auf ihre Tiere angewiesen waren. Die Walliser waren sich des Schadenpotenzials dieser Raubtiere bewusst.» Ein entsprechender gesetzlicher Rahmen, der diese Flexibilität einräume, müsse wieder hergestellt und das naturverbunden-pragmatische Handeln wieder gelebt werden, sagt «neo»-Parteipräsidentin Schöpfer-Pfaffen.

Die Politik

Bereits das neu revidierte Jagdgesetz und der vergangene Jahr getroffene «Wolfskompromiss» zielten in diese Richtung. Wölfe dürfen seither nicht mehr nur



Ist die Volksinitiative erfolgreich, stünde der Wolf hierzulande nur noch im Schweizerischen Nationalpark unter Schutz.

Bild: Keystone



Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen, Parteipräsidentin von «neo – Die sozialliberale Mitte», erklärte am Freitag, warum ihre Partei die Volksinitiative unterstützt.

Bild: pomona.media



Miriam Grab-Iten präsidiert das Initiativkomitee der eidgenössischen Volksinitiative «Zum Schutz von Mensch, Haus- und Nutztier vor dem Wolf».

Bild: pomona.media

nach bestätigten Rissen, sondern auch zu präventiven Zwecken geschossen werden, etwa um künftige Schäden zu vermeiden. Voraussetzung ist jedoch, dass der zumutbare Herdenschutz umgesetzt wird.

Doch besonders vonseiten der Walliser Landwirte wird ebendiese Lösung kritisiert. Viele Alpen im Oberwallis gelten als nicht schützbar. Dies hat die Konsequenz, dass die Hirten für einen Abschuss weiterhin hoch sind.

Pascal Dini, Schafzüchter aus Niedergesteln, sieht das revidierte Jagdgesetz als Tropfen auf dem heissen Stein. Es werden zwar Gesuche um eine Regulierung gutgeheissen, wenn ein Wolf mehr als sechs Nutztiere reisse, aber in Zukunft werde dieses System wohl nicht mehr greifen, so Dinis Befürchtung. «In einigen Jahren werden wir vermutlich in jeder Region Rudel haben. Dann gelten die Auflagen, dass die Jungtiere nachgewiesen werden müssen, um ein Abschussgesuch an den Bund zu stellen.» Das sei ein zu grosser bürokratischer Aufwand und biete nicht die Reaktionsgeschwindigkeit,

die man brauche, um Regulationen vornehmen zu können, so Pascal Dini weiter.

Doch Dini relativiert dahingehend, dass die Politik untätig zusehe, wie immer mehr Schafe gerissen werden. «Es ist ein beliebter Spruch, dass die Politik nichts tut. Man muss aber auch sehen, dass viel gegangen ist und viel zu bewegen versucht wurde. Aber durch unsere Demokratie ist das nicht immer ganz einfach. Es geht nur, wenn man den Ball nicht nur der Politik zuwirft, sondern es fällt bei den Einzelnen an. Im Gegensatz erwarten wir, dass die Politik sich auch für uns einsetzt.»

Das schwedische Modell

Ein Kritikpunkt an der eidgenössischen Volksinitiative «Zum Schutz von Mensch, Haus- und Nutztier vor dem Wolf» ist, dass die entsprechende Verfassungsänderung der Berner Konvention widerspreche. Das Manifest dieses Übereinkommens aus dem Jahr 1979 besagt, dass Wölfe, wie alle Wildtiere, das Recht haben, als wild lebende Tiere zu existieren und mit dem Menschen als Teil natürlicher Ökosysteme

zu koexistieren. Zudem empfiehlt die Konvention verschiedene Gebiete mit unterschiedlichen Schutzstatus.

Entsprechende Motionen zur Rückstufung des Wolfs in der Berner Konvention scheiterten. Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen sagt, man orientiere sich daher am schwedischen Modell. Schweden, das wie die Schweiz die Berner Konvention vorbehaltlos anerkennt, halte die Wolfsbestände durch kontinuierliche Abschüsse erfolgreich minimal.

Die Rudel werden in Schweden bis zu einem stabilen Bestand von 350 bis 400 Tieren regional unterschiedlich bejagt. In Gebieten mit Weidetieren seien die regulierenden Abschüsse höher. Und: «Das Land wird deshalb nicht abgemahnt, weil es statt der Lizenzjagd die Schutzjagd anwendet», so Schöpfer-Pfaffen. Sie sieht in der eidgenössischen Volksinitiative den Schlüssel zu dieser Umsetzung.

Dass mit Miriam Grab-Iten eine Zugerin das Initiativkomitee präsidiert, ist Zeichen dafür, dass das Bewusstsein für die Folgen der steigenden Wolfspopula-

tion mittlerweile nicht mehr nur in den betroffenen Bergkantonen vorhanden ist. Wenn auch deutlich weniger ausgeprägt, wie Grab-Iten sagt. Immer wieder höre sie Aussagen, dass es doch gesamtschweizerisch nicht mehr als zehn Wölfe haben könne. «Die Leute müssen aufwachen und die Realität erkennen», sagt Grab-Iten. «Wenn man auf eine Weide mit gerissenen Nutztieren kommt, dann ist das vergleichbar mit einem Kriegsgebiet.»

Dass die eidgenössische Volksinitiative bisher noch nicht mehr mediale Aufmerksamkeit erhalten habe, erklärt sich Miriam Grab-Iten mitunter damit, dass das Thema «Wolf» ein sehr heikles sei, eines, das auch immer Kritiker auf den Plan rufe. «Man kann das Thema nicht emotionslos diskutieren, so wie man die Flüchtlingskrise auch nicht emotionslos diskutieren kann», sagt sie. Doch sie erlebe es immer wieder, dass sich Einzelpersonen im Hintergrund bei ihr melden würden, um ihre Hilfe bei der Unterschriftensammlung anzubieten, und dass sich damit das Netzwerk aufbaue.